

Personalien

Axel Weber mischt mit

Der frühere Bundesbank-Chef Axel Weber darf der Schweizer Großbank UBS erst von Februar 2012 an bei der Suche nach einem neuen Chef helfen. Das erklärte ein Sprecher der Bundesbank. Weber musste seinen ehemaligen Arbeitgeber um Erlaubnis bitten, weil seit seinem Abschied im Mai noch kein Jahr vergangen ist. Deutsche Zentralbanker sollen ein Jahr nicht in der Wirtschaft arbeiten, um Interessenkonflikte zu vermeiden.

Tatsächlich mischt Weber inoffiziell schon seit längerem bei der UBS aktiv mit, wie Interimschef Sergio Ermotti am Dienstag in einer Telefonkonferenz freimütig einräumte. Man sei ständig in Gesprächen. Bereits Anfang Oktober hatte Weber laut UBS-Kreisen einen Beratervertrag unterschrieben. Die UBS war nach einem Handelskandal in eine Führungskrise geraten, nachdem Oswald Grübel mit seinem Rücktritt die Verantwortung für das Milliarden-Desaster übernommen hatte. Schon bei Grübels Abschied war Weber vor Ort in Singapur gewesen. Ermotti wurde nur als Interimschef eingesetzt.

Die UBS ist unterdessen in den USA wegen Regelverstößen bei Leerverkäufen zu einer hohen Strafe verurteilt worden. Das Bußgeld von zwölf Millionen Dollar (8,6 Millionen Euro) verhängte die US-Finanzmarkt-Aufsicht Finra. Sie wirft der Investmentsparte der UBS vor, auf den Kursverfall von Millionen schwer erhaltlicher Titel gewettet zu haben. Die UBS habe die Titel, auf die sie spekulierte, zum Verkauf angeboten, ohne davon ausgehen zu können, diese tatsächlich leihen zu können.

Reuters/AFP

First Solar feuert den Boss

Der US-Solarkonzern First Solar hat sich überraschend von seinem Chef Rob Gillette getrennt. Gründe für die Entlassung nannte der Rivale des deutschen Branchenprimus Solarworld nicht. Der Verwaltungsrat habe einen Ausschuss zur Suche eines Nachfolgers gebildet, teilte das Unternehmen lediglich mit. Die Aktie stürzte zwischenzeitlich um mehr als 25 Prozent ab. First Solar will am 3. November über sein drittes Quartal informieren. Nach einem Gewinnrückgang im zweiten Quartal hatte der Konzern im August seine Jahresziele zurückgeschraubt. Gillette steuerte First Solar seit zwei Jahren. In dieser für die Branche schwierigen Zeit büßte das Unternehmen mehr als 65 Prozent seines Börsenwertes ein.

Reuters

Anklage gegen Rajat Gupta

Die US-Bundespolizei FBI hat in ihrem Kampf gegen Insiderhandel an der Wall Street mit dem ehemaligen Goldman-Sachs-Aufseher Rajat Gupta den bislang prominentesten Manager festgenommen. Die Staatsanwaltschaft erhob am Mittwoch unter anderem Anklage wegen Betrug. Der 62-jährige Gupta ist ein Freund des Hedgefonds-Managers Raj Rajaratnam, der vor zwei Wochen wegen Insiderhandel zu elf Jahren Haft verurteilt wurde. Die Ermittler werfen Gupta vor, dessen „illegalen Augen und Ohren“ gewesen zu sein. Er soll das Goldman-Investment des Milliardärs Warren Buffett auf dem Höhepunkt der Finanzkrise verfallen lassen. Gegen Zahlung einer Kaution ist Gupta auf freiem Fuß.

Reuters

Brite an der Spitze von Sharp

Paul Molyneux ist als erster Nichtjapaner des Elektronikkonzerns Sharp auf den Posten eines geschäftsführenden Direktors im Verwaltungsrat berufen worden, teilte der Konzern am Mittwoch mit. Gleichzeitig wurde der 48-jährige Brite zum Vorstandschef (CEO) der Sharp Electronics Europe GmbH ernannt. Paul Molyneux hat bei dem Unternehmen aus Osaka in den vergangenen sieben Jahren verschiedene Führungspositionen im Vertrieb und dem operativen Geschäft innegehabt, zuletzt als Chief Operating Officer (COO) für Sharp Europe. Der bisherige Chef des Europageschäfts bei dem japanischen Elektronikonzern, Hiroshi Sasaoka, wird künftig das Nahost- und Afrikageschäft von Sharp leiten.

sec



Interessenkonflikte

Führende Mitarbeiter der europäischen Lebensmittelaufsichtsbehörde EFSA arbeiten eng mit der Industrie zusammen. Neben ihrer Aufgabe bei der Aufsicht sind sie auch für große Lebensmittelkonzerne wie Nestlé, Kraft Foods, Unilever und andere tätig. Dabei sollten sie diese doch eigentlich kontrollieren. Anti-Lobby-Organisationen kritisieren das scharf, weil sie die Unabhängigkeit der Behörde gefährdet sehen. Das Nachsehen haben die Verbraucher.

Die „unabhängigen“ Experten des EFSA und ihre Verbindungen zur Industrie:



Abhängige Kontrolleure

Wie die europäische Lebensmittelaufsicht EFSA von der Industrie beeinflusst wird – zu Lasten der Verbraucher

Von Marianne Falck und Marvin Oppong

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit soll dem Schutz der Verbraucher dienen – das ist der Auftrag. Doch Mitarbeiter der Aufsicht arbeiten eng mit der Lebensmittelindustrie zusammen, obwohl die Behörde unabhängig über die Zulassung neuer Produkte entscheiden soll. Immer wieder treten Interessenkonflikte auf – und werden nicht beseitigt. Wie eng diese Verflechtungen sind, belegen Recherchen der Süddeutschen Zeitung.

Aus Angaben der Behörde geht etwa hervor, dass der Vorsitzende des Gremiums für Ernährung, Albert Flynn, persönlich für den US-Hersteller Kraft arbeitet. EFSA-Verwaltungsrat Jiri Ruprich war bis März 2011 für Danone in der Tschechischen Republik tätig. Gremienmitglied Carlo Agostoni erhält seit 2000 von Konzernen wie Nestlé, Danone, Heinz, HIPP, Humana und Mead Johnson Entgelte als Redner und für die Teilnahme an Konferenzen (Grafik).

Das ist bedenklich, denn was auf den Tellern europäischer Konsumenten landen darf oder nicht, darüber bestimmen maßgeblich Europas oberste Essens-Aufsicht der European Food Safety Authority (EFSA). Die Aufsicht bestimmt beispielsweise, welche Zusatzstoffe in Nahrungsmitteln enthalten sein dürfen. Die Kontrollbehörde im italienischen Parma ist mit ihren 450 Mitarbeitern der Grundpfeiler der Risikobewertung von Lebensmitteln. Sie arbeitet sowohl mit nationalen als auch mit EU-Behörden zusammen und verfügt über ein Jahresbudget von immerhin 73 Millionen Euro.

Kritiker werfen der EFSA vor, dass sie trotz mehrerer Skandale nicht wirkungsvoll gegen Interessenkonflikte ihrer Mitglieder vorgehe. „Es kann nicht angehen, dass in einer Behörde Vertreter genau derjenigen Branche sitzen, deren Produkte kontrolliert werden sollen“, moniert Timo Lange von LobbyControl. Das größte Hindernis für eine Reform sind geltende EU-Bestimmungen. Demnach sind Tätigkeiten von EFSA-Mitgliedern für die Industrie grundsätzlich nicht verboten, solange sie in einer sogenannten Interessenklärung angegeben werden. Darin steht, für welche Institutionen, Verbände und Firmen die Mitglieder in der Vergangenheit tätig waren oder sind, ob sie Aktien von bestimmten Unternehmen besit-

zen oder Geld für Forschungsprojekte und Vorträge erhalten.

Dass es mit der Unabhängigkeit nicht weit her ist, zeigt jedoch das Beispiel des Iren Flynn, der das EFSA-Gremium für diätische Produkte, Ernährung und Allergien leitet. Unter seiner Verantwortung wurde am 21. Juli eine besonders heikle

Tätigkeiten für die Industrie sind nicht grundsätzlich verboten, solange sie angegeben werden.

Entscheidung veröffentlicht, bei der es um die Zulassung eines Produktes von Kraft Foods Europe ging. Dass der Ernährungswissenschaftler gleichzeitig Mitglied eines Beratungstabs von Kraft ist, daran hat sich die Aufsicht offensichtlich nicht gestört.

Im vorliegenden Fall entschied Flynns Gremium ganz im Sinne Krafts. Positiv beurteilt wurden Getreideprodukte mit

einem höheren Anteil an langsam verdaulichen Stärken, die gesundheitlichen Zusatznutzen haben können. Sie sollen laut Hersteller helfen, den Blutzuckerspiegel nach dem Essen weniger stark ansteigen zu lassen, was für Diabetiker von Vorteil ist. Hintergrund für solche Beurteilungen ist die seit 2007 geltende Health-Claim-Verordnung, die die Kennzeichnung und Werbung für Lebensmittel hinsichtlich nährwert- und gesundheitsbezogener Angaben regelt. Für Verbraucher bedeutet das, Lebensmittel mit gesundheitsbezogenen Werbeaussagen dürfen nur dann verkauft werden, wenn diese wissenschaftlich belegt sind. Dies zu untersuchen, ist Aufgabe der EFSA.

Für Lebensmittelhersteller geht es dabei um viel Geld und Marktanteile. Health Claims sind ein perfektes Marketinginstrument. Wer mit einem besonderen Nutzen für den Verbraucher werben kann, erhöht seine Chancen am Markt. Wettbewerber, die da nicht mithalten können, sind benachteiligt.

Zwar haben Flynn und andere ihre Interessenlage erklärt. Damit wird das Problem transparent, aber eben nicht gelöst. „Denn wenn viele Experten mit engen Kontakten zur Lebensmittelindustrie in einem Panel sind, ist es sehr wahrscheinlich, dass die Entscheidung zugunsten der Unternehmen ausfällt“, meint Nina Holland von der Anti-Lobby-Organisation Corporate Europe Observatory (CEO). Flynn bestätigte auf Anfrage der SZ, dass seine seit August 2003 bestehende Mitgliedschaft in dem Kraft-Beratungsgremium vergütet wird. Über die Höhe seines Honorars will er jedoch keine Auskunft geben. Laut seiner Interessenerklärung vom 20. September 2011 erhält er zudem Forschungsgeld unter anderem von Danone, Kellogg's, Safefoods und Masterfoods.

Für die Lobby-Kritikerin Holland sind solche Machenschaften inakzeptabel. „Die EFSA muss aktiver nach unabhängigen Studien suchen. Die bisherigen Entscheidungen sind größtenteils auf

Grundlage von industrienahen Studien getroffen worden“, sagt sie. Ein Sprecher der Behörde spielt die Vorwürfe herunter. In der positiven Entscheidung des Antrags von Kraft sehe man kein Problem. Schließlich habe sich Flynn bei dem Entschluss nicht im Raum befunden, heißt es dort.

Enger Verbindungen gibt es jedoch nicht nur zwischen der EFSA und Unternehmen, sondern auch zu industrienahen Organisationen. So ist Flynn nach eigenen Angaben auch Mitglied in wissenschaftlichen Arbeitsgruppen der Lobbyorganisation International Life Sciences Institute Europe (ILSI). Diese bezeichnet sich selbst als „wichtiger Partner der Industrie“. Mitglieder sind Konzerne wie Monsanto, Coca-Cola, Nestlé, Unilever, Danone und Bayer, aber auch Kraft. Weitere EFSA-Experten haben ebenfalls Funktionen bei dem Institut übernommen, das von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) auf die schwarze Liste der Lobby-Verbände gesetzt wurde.

Bäbel Höhn, stellvertretende Vorsitzende der Grünen im Bundestag, erhebt vor diesem Hintergrund schwere Vorwür-

Für die Hersteller geht es um viel Geld und Marktanteile.

Hygiene-Mängel in jeder vierten Kneipe

Deutsche Kontrolleure beanstanden die alkoholischen Getränke und Fleisch-Produkte

Wenn es um Hygiene geht, sind viele Gaststätten, Imbisse und Bäckereien alles andere als vorbildlich. In jedem vierten untersuchten Betrieb stellte die Lebensmittelüberwachung im vergangenen Jahr Mängel fest. Dabei gehen drei Viertel der Beanstandungen auf das Konto von mangelnder Hygiene. „Fehler in der Betriebshygiene und Mängel im Hygienemanagement bleiben das größte Problem“, sagte der Präsident des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), Helmut Tschiersky-Schöneburg, am Mittwoch in Berlin. Am schlimmsten ist die Hygiene-Situation in Kneipen – 27,1 Prozent der Betriebe weisen laut BVL Mängel auf.

Insgesamt hat das Bundesamt im vergangenen Jahr 921 000 Inspektionen in rund 538 000 Betrieben, die Lebensmittel herstellen oder verarbeiten, und in Gastronomie durchgeführt. Dabei haben die Kontrolleure 408 000 Proben untersucht. Immerhin 13 Prozent wur-

den beanstandet. In jedem zweiten Fall ging es um Kennzeichnungsmängel, in jedem fünften Fall um „mikrobiologische Verunreinigungen“, das heißt um Keime und verdorbene Ware.

Die Negativliste der beanstandeten Produkte wird angeführt von alkoholischen Getränken (außer Wein). Hier wurden 19 Prozent der Proben bemängelt. Auf dem zweiten Platz folgen Fleischprodukte mit 18,9 Prozent Beanstandungen. Die Anzahl der Beanstandungen ist in den zurückliegenden Jahren leicht zurückgegangen.

BVL-Präsident Tschiersky-Schöneburg kritisierte, dass die Lebensmittelkontrolleure technisch schlecht ausgestattet seien. Sie bräuchten ein digitales Erfassungssystem, an dem sich auch die Unternehmen beteiligen müssten. Das Problem zeige sich insbesondere in Krisenfällen wie bei den Dioxin-Funden oder den Ehec-Fällen. In der Ehec-Krise hätten die Kontrolleure erst einmal langwierig die Lieferketten nach-

zeichnen müssen. Das wäre mit einem digitalen System viel einfacher gewesen, so Tschiersky-Schöneburg.

Aus Verbrauchersicht ist ein weiteres Problem gravierend: Es wird nicht veröffentlicht, welche Unternehmen sauber und welche weniger sauber arbeiten. Die Verbraucherministerkonferenz hat zwar sich Mitte dieses Jahres darauf verständigt, eine „Hygiene-Ampel“ einzuführen, doch es gibt noch eine Menge Kritik von den Wirtschaftsministern. Eine Einigung wurde noch nicht erzielt.

Die Verbraucherorganisation Foodwatch fordert vehement ein Hygiene-Barometer in Form einer Ampel oder eines Smiley-Systems. „Erst wenn die Ergebnisse auch veröffentlicht werden, und zwar direkt am Eingang von Gaststätten, Bäckereien und Supermärkten, haben die Verbraucher die Wahl zwischen den guten und den schlechten Betrieben“, sagte Foodwatch-Sprecher Martin Rücker.

Mehmet Ata

Die Mafia im Sucher

Erst verliert der Optik-Konzern Olympus den Chef, und dann fliegt auch der Verwaltungsratspräsident. Es geht um Scheingeschäfte und die Yakuza. FBI und die japanische Börsenaufsicht ermitteln

Von Christoph Neidhart

Tokio – Die Dinge überschlagen sich bei Olympus. Erst begründete Verwaltungsratspräsident Tsuyoshi Kikukawa den plötzlichen Rauswurf seines Firmenchefs mit „kulturellen Unterschieden“, dann begann das amerikanische FBI mit Ermittlungen gegen den Optikkonzern. Und am Mittwoch musste Kikukawa dann selbst den Hut nehmen. Er dürfte nicht das letzte Opfer dieses Dramas sein. In Tokio munkelt man, das organisierte Verbrechen habe bei Olympus die Finger im Spiel.

Noch im September wies Kikukawa den Briten Michael Woodford, seinen 51-jährigen Vorstandschef, als „durchsetzungsfähig und entscheidungsfreudig“. Er bescheinigte ihm in Japan „großes kulturelles Einfühlungsvermögen“. Kein Wunder, hatte Kikukawa selbst ihn als Nachfolger im April an die Spitze gelobt, damit er die Firma saniere. Doch aufgeschreckt durch einen Zeitschriftenartikel, ließ Woodford im September einige Akquisitionen seines Vorgängers untersuchen. Die Wirtschaftsprüfer analysierten die Übernahme dreier branchenfremder, fast wertloser Firmen, die mit 773 Millionen Dollar massiv überbezahlt worden waren. Ein Fehler war das nicht; Digital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München

Jealche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

kaum besaß Olympus die drei Firmen – darunter ein Kosmetikerhersteller –, schrieb die Buchhaltung sie um 76 Prozent ab. Zudem zahlte Olympus bei der Übernahme des britischen Medizintechnik-Herstellers Gyrus 687 Millionen Dollar Beraterhonorare, ein Drittel des Übernahmepreises. Das ist das 30-Fache der üblichen Entschädigung.

Kikukawa behauptete vorige Woche zunächst, Woodfords Zahlen seien über-

Ex-Chef Woodford versteckt sich. Die Aktie des Konzerns ist um mehr als die Hälfte eingebrochen.

trieben, alles sei rechtens gewesen. Dann versprach er eine interne Untersuchung. Als Woodford seinen Vorgänger mit einem Brief zur Rede stellen wollte, versuchte Kikukawa zu beschwichtigen. Aber das half ihm offenbar nicht.

Woodford ist binnen zwei Jahren bereits der dritte Firmenchef in Japan, der mit Getöse vor die Tür geworfen worden ist. 2009 zwang der Elektronik-Riese Fujitsu den Manager Kuniaki Nozoe „wegen Krankheit“ zum Rücktritt. Später hieß es, er sei nicht krank, sondern habe Geschäfte mit „antisozialen Kräften“ ge-

tätigt – das ist ein Euphemismus für die Yakuza, die japanische Mafia. Vor einigen Wochen flog der Chef von Daio Paper. Er habe sich fast 100 Millionen Euro von seiner Firma geliehen, hieß es, und das Geld in den Casinos von Macau und an der Börse verspielt. Macau ist ein Paradies für Geldwäscher.

Er glaube nicht, dass japanische Konzernspitzen früher weniger illegale Geschäfte gemacht hätten oder dass es weniger Streit gegeben habe, sagt der Steueranwalt einer bekannten Wirtschaftsprüferfirma in Tokio. „Es kam nicht nur ans Licht. Das ist das Positive, heute gibt es mehr Transparenz.“ Allerdings müssen japanische Führungskräfte diese Transparenz weit weniger fürchten als ihre Kollegen in Europa oder den USA.

Bei schlechter Geschäftsführung haften sie nur mit dem Vier- bis Sechsfachen ihres Jahresgehalts. Diese Haftungsbeschränkung hat der Unternehmerverband Keidanren durchgesetzt – und damit das Ziel einer guten ehrlichen Unternehmensführung unterlaufen. Viele japanische Top-Manager fühlen sich bis heute ihren Aktionären kaum verpflichtet.

Entsprechend wirft der Olympus-Skandal bisher im Ausland größere Wellen als in Japan. Nach Angaben der New York Times zahlte Olympus die Berater-



Fotos: T. Aizawa/Bloomberg,AFP

honorare an zwei Consulting-Firmen kleiner japanischer Wall-Street-Banker, Hajime Sagawa und Akio Nakagawa. Eine von ihnen war auf den Cayman-Inseln registriert, eine beliebte Basis für Geldwäscher. Nach Abwicklung des Deals wurde die erste der zwei Firmen liquidiert. Die zweite verkaufte ihre Olympus-Aktien nach zwei Jahren an den Konzern zurück und machte ebenfalls zu.

Sagawa und Nakagawa dürften nur Mittelsmänner gewesen sein. Ex-Vorstandschef Woodford vermutete in einem Interview mit dem australischen Fernsehen, die Yakuza sei involviert. Der Leiter einer Nachrichtenagentur in Tokio erzählt, seine japanischen Reporter fürchteten Repressalien der Yakuza, falls sie in der Affäre recherchierten. Woodford selbst hält sich versteckt, japanische Freunde hatten ihm dazu geraten. Die Börsenaufsicht in Tokio will Olympus untersuchen; die Aktie des Konzerns ist in den vergangenen neun Handelstagen um 56 Prozent eingebrochen.

Kikukawa nannte „die negativen Berichte der Medien und den fallenden Aktienkurs“ als Grund für seinen Rücktritt: „Es gab keine Korruption.“ An seine Stelle rückt Shuichi Takayama. Der leitete bisher die Kamera-Division – die der geschasste Woodford sanieren sollte.

svra2011

SZ20111027S1475039